

Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfplatz 13 a
1010 Wien

Per E-Mail an: gasnachweis@e-control.at

Wien, am 19.05.2023

**Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Novelle zur
Gaskennzeichnungsverordnung 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir dürfen im Rahmen der Begutachtung der Novelle zur Gaskennzeichnungsverordnung 2023 wie folgt
Stellung nehmen:

Ad § 7a Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023

Die Formulierung des § 7a der Gaskennzeichnungsverordnung widerspricht der
Verordnungsermächtigung des GWG in formaler Hinsicht und behindert die Entwicklung des
Austausches für erneuerbare Gase und somit die Erreichung der Dekarbonisierungsziele in diesem
Bereich.

Bezüglich unserer formalen Bedenken haben wir die rechtliche Stellungnahme von Dr. Thomas Rabl in
der Anlage beigelegt.

Der Markt für Biomethan bzw. erneuerbare Gase ist ein junger Markt, insbesondere der
grenzüberschreitende Handel dieser Gase. Dies gilt auch für die Nachweisführung.
Neben den im Art 19 RED II definierten Herkunftsnachweisen, welche die Aufgabe des Nachweises des
Anteils oder der Menge erneuerbarer Energie im Energiemix gegenüber Endkund:innen haben
(„Labeling“), gibt es in Europa weitere gesetzliche oder private Nachweissysteme für erneuerbare Gase.
Das von der E-Control angeführte AIB baut derzeit erst das operative Austauschsystem für Nachweise
von erneuerbaren Gasen auf. Des Weiteren sind in einer Vielzahl von europäischen Ländern noch keine
gesetzlichen Herkunftsnachweisregister gem. Art 19 Red II etabliert.

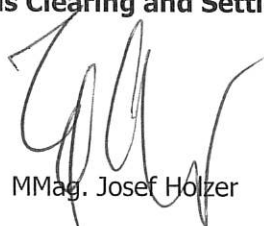
Eine Einschränkung des internationalen Handels aller Gasnachweise nicht nur der Herkunftsnachweise,
ohne dass die Herkunftsnachweise über AIB faktisch bereits gehandelt werden können, würde den
grenzüberschreitenden Austausch von erneuerbaren Gasmengen auf absehbare Zeit verhindern. Derzeit
hat sich in diesem Bereich ERGAR als europäische Brancheninitiative - die durch europäische Stellen
unterstützt wurde - etabliert und organisiert die technischen und organisatorischen
Rahmenbedingungen für den Austausch seit mehreren Jahren. Auf dieser Ebene gibt es auch Gespräche

zwischen ERGAR und AIB. Mit der geplanten Regelung des § 7a würde es zu einer Verzögerung der österreichischen Anbindung an den europäischen Markt kommen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

AGCS Gas Clearing and Settlement AG



MMag. Josef Holzer

Mitglied des
Vorstandes

Anlage: rechtliche Stellungnahme von Dr. Thomas Rabl

e-mail

AN: AGCS Gas Clearing and Settlement AG

ZU HANDEN: Herrn Vorstand MMag. Josef Holzer

E-MAIL: josef.holzer@agcs.at

VON: Dr. Thomas Rabl / Mag.^a S. Illo Ortner

Wien, am 16.5.2023
2021-519/k/agcs230516mail
Ansprechpartner: Dr. Thomas Rabl / Mag.^a S. Illo Ortner
T: +43 1 24500-3175
F: +43 1 24500-63179
thomas.rabl@kwr.at / sarina.illo.ortner@kwr.at

MAG. CLEMENS M. BERLAKOVITS
DR. BEATRICE BLÜMEL, LL.M.
MAG. ARNO CICHOCKI
DR. ELISABETH MARIA FISCHER
DR. THOMAS FRAD
STEFAN GRUBER, LL.M.
PRIV.-DOZ. MMAG. DR. THOMAS HABERER
MMAG. DR. THOMAS HASELBERGER, LL.B.
AUCH ALS STEUERBERATER ZUGELASSEN
DR. ANDREAS HERRMANN
DR. GEORG KARASEK
MAG. BARBARA KUCHAR
MAG. CAROLINE LESSKY
DR. ANNA MERTINZ
MAG. SARINA ILLO ORTNER
DR. THOMAS RABL
DR. JULIAN RING
MAG. JAN PHILIPP SCHIFKO
DR. PAUL SCHMIDINGER
MATS SCHRÖDER, LL.M.
DR. HAFIZE STÖHR
DR. KATHARINA TRETNAK-HAHL
DR. VINZENZ WALDHOF
MMAG. DR. GEROLD WIETRZYK
AUCH ALS STEUERBERATER ZUGELASSEN
HON.-PROF. DDR. JÖRG ZEHETNER
NICOLAS O. ZENZ, LL.M., BSc

Novelle zur Gaskennzeichnungsverordnung 2023

Sehr geehrter Herr Vorstand MMag. Holzer!

In obiger Angelegenheit nehmen wir Bezug auf die E-Mail vom 10.5.2023 sowie auf unser Telefonat am 11.5.2023.

Wir wurden ersucht, den vorliegenden **Entwurf** der Energie-Control Austria (ECA) der Verordnung, mit dem die Gaskennzeichnungsverordnung geändert wird (Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023)¹ in rechtlicher, formeller Hinsicht zu verproben, und zwar insbesondere die geplanten Änderungen in § 7 Abs 4 sowie § 7a gemäß Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023.

Nach auftragsgemäßer Durchsicht können wir dazu Folgendes mitteilen:

1. Die Gaskennzeichnungsverordnung soll hinkünftig auf den Verordnungsermächtigungen in § 129c Abs 5 und § 130 Abs 8 GWG 2011 idgF gründen.

¹ Der Entwurf der Behörde ist veröffentlicht: https://www.e-control.at/documents/1785851/0/Entwurf_2023_Gaskennzeichnungs-VO+final+clean.pdf/bdda149b-50d0-41b5-5c7a-e0338e8b61ae?t=1683265951583.

2. § 129c GWG 2011 enthält Vorgaben für die Anerkennung von Herkunftsnachweisen (im Folgenden kurz auch „HKN“) aus anderen Staaten, wobei Abs 5 *leg cit* normiert, dass betreffend der Anerkennbarkeit von HKN für die Zwecke der Gaskennzeichnung Bedingungen in der Verordnung gemäß § 130 Abs 8 GWG 2011, sohin der Gaskennzeichnungsverordnung², festgelegt werden können.
3. § 130 GWG 2011 regelt die Ausweisung der Herkunft (Labeling) und enthält in Abs 8 wörtlich folgende Verordnungsermächtigung:

„Die Regulierungsbehörde kann durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung sowie die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise erlassen. Dabei sind insbesondere der Umfang der gemäß §§ 129b und 130 bestehenden Verpflichtungen sowie die Vorgaben für die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise zu den verschiedenen erneuerbaren Gasen und der Gaskennzeichnung gemäß diesen Rechtsvorschriften näher zu bestimmen.“

Aus dem Regelungszusammenhang folgt unzweideutig, dass sich diese Verordnungsermächtigung **nur auf die Gaskennzeichnung** (das Labeling) und die Anerkennung von HKN im Sinne des GWG 2011 bezieht. Daher beziehen sich zwangsläufig auch die Vorgaben in § 129c GWG 2011 nur auf die Anerkennung von HKN bzw. die Anerkennung anderer Nachweise und Zertifikate als HKN in diesem Kontext.

4. Dieser Umstand wird grundsätzlich bereits ausdrücklich durch eine **Einfügung in § 7 Abs 1 Gaskennzeichnungsverordnung klargestellt**. Dass daher gemäß § 7 Abs 4 Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023 festgehalten wird, andere Nachweise/Zertifikate könnten nicht in die Registerdatenbank zum Zwecke der Gaskennzeichnung iSd § 130 GWG 2011 übertragen werden, ist grundsätzlich – abgesehen vom ohnehin eindeutigen Gesetzeswortlaut – entbehrlich und regelungstechnisch redundant.
5. Jedenfalls **nicht** von der erwähnten Verordnungsermächtigung **gedeckt** ist, wenn die Regulierungsbehörde mit dem geplanten § 7 Abs 4 Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023 **andere Nachweise oder Zertifikate**, die nicht mit der Gaskennzeichnung nach § 130 GWG 2011 in Verbindung stehen oder sonst als HKN im Sinne des GWG 2011 dienen könnten, **verbieten würde**. Die Verwendung und/oder den Handel von Nachweisen/Zertifikaten, die nicht dem GWG 2011 unterliegen, kann (darf) die Regulierungsbehörde schlicht nicht über die Verordnungsermächtigung nach § 130 Abs 8 GWG 2011 regeln.

Dementsprechend sollte § 7 Abs 4 Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023 zur Klarstellung zumindest wie folgt gefasst werden, wobei der durchgestrichene Text schlicht entfallen könnte:

² BGBl. II Nr. 275/2019 idF BGBl. II Nr. 47/2022.

„Andere Nachweise oder Zertifikate, die in inländischen Registern generiert werden, welche keinen gesetzlichen Grundlagen zur Generierung von Herkunftsnachweisen unterliegen, können nicht in die gemäß § 130 GWG 2011 von der Regulierungsbehörde geführte Registerdatenbank übertragen und dort eingesetzt, ~~verwendet oder gehandelt~~ werden und werden nicht für die Gaskennzeichnung gemäß § 130 GWG 2011 in Österreich anerkannt. Es gelten ausschließlich Herkunftsnachweise gemäß § 81 oder § 84 EAG sowie § 129b oder § 129c GWG 2011 als Herkunftsnachweise für die Gaskennzeichnung.“

6. § 129c GWG 2011 regelt – wie oben erwähnt – nun die Anerkennung von HKN aus anderen Staaten, und zwar ausdrücklich **nur in Bezug auf HKN im Sinne des GWG 2011**. Die Regulierungsbehörde kann daher aufgrund der Verordnungsermächtigung des § 129c Abs 5 GWG 2011 in diesem Zusammenhang Bedingungen vorsehen. Ohne jeden Zweifel ist die Behörde allerdings nicht ermächtigt, darüberhinausgehende, generelle Regelungen über sonstige „Gasnachweise“ und/oder sonstige Zertifikate oder gar hinsichtlich des internationalen (!) Handels von solchen zu treffen.
7. Bereits zur Klarstellung sollte § 7a idF Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023 daher anders gefasst werden, wobei nur auf HKN und die Gaskennzeichnung iSd GWG 2011 zu referenzieren wäre. Der im Folgenden durchgestrichene Text sollte daher entfallen, die notwendigen Ergänzungen im Verordnungstext sind nachstehend rot ergänzt und unterstrichen in den im Verordnungstext aufgenommen.

Internationaler Handel von Gasnachweisen und Bedingungen für die Anerkennung von Herkunftsnachweisen aus anderen Staaten für die Gaskennzeichnung

§ 7a. (1) Für den internationalen Handel von Gasnachweisen zur Anerkennung als Herkunftsnachweis im Sinne des § 129b GWG 2011 und zur Gaskennzeichnung nach § 130 GWG 2011 ist ausschließlich eine von der Regulierungsbehörde definierte elektronische Schnittstelle zu verwenden.

(2) Ein manueller Übertrag von Nachweisen zur Anerkennung als Herkunftsnachweis im Sinne des § 129b GWG 2011 und zur Gaskennzeichnung nach § 130 GWG 2011 ist nur in einzelnen Fällen möglich, sofern eine schriftliche Übereinkunft über den manuellen Übertrag zwischen der Regulierungsbehörde und der vom Gesetz benannten herkunftsnachweisgebenden Stelle im Zielland geschlossen wird, auf dem manuellen Übertrag die Zieldomäne/das Zielland, der Empfänger der Herkunftsnachweise und der Zweck des Übertrags angeführt werden. Die Möglichkeit des manuellen Übertrags von Herkunftsnachweisen ist bis zum Anschluss der Zieldomäne an die von der Regulierungsbehörde definierte Schnittstelle möglich. Danach erlischt diese ausnahmslos.

(3) Andere Nachweise oder Zertifikate, die in ausländischen Registern generiert werden, welche keinen gesetzlichen Grundlagen zur Generierung von Herkunftsnachweisen unterliegen, können nicht in das System der Registerdatenbank gemäß § 81 EAG oder § 129b GWG 2011 der Regulierungsbehörde übertragen und dort eingesetzt, ~~verwendet oder gehandelt~~ werden und werden nicht für die Gaskennzeichnung in Österreich anerkannt. Es gelten ausschließlich Herkunftsnachweise gemäß § 81 oder § 84 EAG sowie § 129b oder § 129c GWG 2011 als gesetzlich gültige Herkunftsnachweise für die Gaskennzeichnung.

(4) (...)

8. Abschließend ist nochmals zu betonen, dass die obenstehenden Änderungsvorschläge in erster Linie einer Klarstellung dienen sollen. Wie ausgeführt, dürfen die in der Novelle vorgesehenen Regelungen, etwa zum (internationalen) Handel „privater“ Nachweise/Zertifikate ohne Bezug zum GWG 2011, bereits aus zwingenden verfassungs-

rechtlichen Gründen (Art 18 Abs 2 B-VG) nicht durch die Regulierungsbehörde getroffen werden, weil dies nicht von den bestehenden Verordnungsermächtigungen gedeckt wäre. Freilich dürfte die Gaskennzeichnungsverordnung auf Grundlage der §§ 129a, 130 GWG 2011 schon ganz generell nicht in den europäischen Warenverkehr eingreifen und diesen beschränken, zumal der grenzüberschreitende Handel von Biomethanmengen inklusive der damit verbundenen „Nachweise“ (die eben nicht dem GWG 2011 entsprechen müssen) nicht verunmöglicht werden darf.

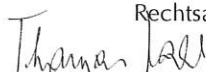
Wir hoffen, mit dieser kurzen Stellungnahme dienlich zu sein.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

KWR KARASEK WIETRZYK

Rechtsanwälte GmbH


Dr. Thomas Rabl


Mag.a S. Illo Ortner